

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtshand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 10

Donnerstag, den 14. Januar 1932

Jahrgang 104

Frankreichs Plan für die Tributkonferenz

Keine französisch-englische Einigung über gemeinsames Vorgehen in Lausanne

11. Paris, 14. Jan. Erklärungen amtlicher französischer Kreise bestätigen, daß französischerseits in den Besprechungen mit dem englischen Finanzfachverständigen Leith Ross eine Lösung vorgeschlagen worden ist, nach der Deutschland ein Zahlungsausschub von zwei Jahren für die geschätzten Zahlungen gewährt werden soll. Die ungeschätzten Zahlungen sollten kommerzialisiert in Obligationen der Reichsbahn auf den Markt gebracht werden. Sie sollten erst vom Jahre 1934 ab in den Verkehr kommen. Es wird amtlicherseits betont, daß diese vorgeschlagene Lösung nicht der endgültige Vorschlag der französischen Regierung gewesen sei.

Nach den Berichten der französischen Blätter aus London scheint die englische Auffassung in der Tributfrage noch wesentlich von der französischen abzuweichen. Das „Journal des Debats“ erklärt sogar, daß, wenn der englische Standpunkt sich durchsetzen sollte, Deutschland von vornherein gewonnenes Spiel habe.

Der englische Finanzfachverständige Leith Ross berichtete gestern in London dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, dem Schatzkanzler und dem Handelsminister, die England auf der Lausanner Konferenz vertreten werden. Darauf fand eine Vollsitzung des Kabinetts statt, in der Leith Ross nochmals ausführlich über seine Pariser Verhandlungen sprach. Angeblich ist auch jetzt noch kein endgültiger Beschluß über die von England einzuschlagende Reparationspolitik gefaßt worden. Die amtlichen Stellen halten daran fest, daß eine Mitteilung über die englische Politik in der Tributfrage erst in Lausanne erfolgen werde. Gegenwärtig ist auch noch unentschieden, ob Leith Ross seine Verhandlungen in Paris fortsetzen wird. Englische Kreise bestreiten, daß in Paris irgendein Abkommen erzielt worden sei.

Erörterung der Kriegsschuldenfrage vor den amerikanischen Wahlen zwecklos

Die „New York Times“ erklärt in einem Leitartikel, eine Erörterung der Kriegsschuldenfrage mit den Vereinigten Staaten sei im Anbetracht der im November stattfindenden Wahlen zwecklos. Jegliche Vorschläge würden keine günstige Aufnahme finden. Die amerikanische Einstellung lasse angesichts der bevorstehenden Wahlen keine Änderung zu. Die „New York Herald Tribune“ meldet aus Paris, die französischen Finanzfachverständigen hätten Leith Ross einen Kriegsschuldenplan vorgelegt, der ein zweijähriges Moratorium und die Streichung der geschätzten deutschen Zahlungen vorsehe, falls die Vereinigten Staaten der Streichung der alliierten Schulden zustimmen. Als Gegenleistung solle Amerika einen Anteil an den ungeschätzten deutschen Leistungen erhalten.

Amerika will keine Reichsbahnobligationen

Washingtoner Regierungsstellen finden den angeblich Leith Ross von französischen Stellen in Paris gemachten Vorschlag, Amerika einen Teil von Reichsbahnobligationen anzubieten, falls es auf die interalliierten Schulden verzich-

ten sollte, lächerlich. Auch der französische Vorschlag, auf die geschätzten Zahlungen im Falle der Kriegsschuldenstreichung durch Amerika zu verzichten, wird zurückgewiesen. Die Regierung der Vereinigten Staaten lehnt nach wie vor entschieden jede unmittelbare Teilnahme an den Reparationsverhandlungen ab. Sie verneint den Zusammenhang der deutschen Tributzahlungen an die europäischen Länder mit den Nachkriegsanleihen der Alliierten für Wiederaufbauzwecke. Eine Streichung der Kriegsschulden komme für die amerikanische Regierung nicht in Frage.

Der französische Kreditruhr.

Wie das führende Pariser Wirtschaftsblatt „Agence économique et financière“ zu berichten weiß, wird sich der Verwaltungsrat der Bank von Frankreich mit der Frage der Erneuerung bzw. der Verlängerung der Kredite an die Reichsbank befassen. Gleichzeitig seien diesbezügliche Verhandlungen zwischen der Bank von Frankreich, der Bank von England und der Federal Reserve Bank eingeleitet worden. Obgleich das endgültige Ergebnis dieser Besprechungen erst Ende Januar vorliegen werde, sei man in maßgebenden französischen Kreisen angeblich schon jetzt der Meinung, daß sich sowohl die britische wie auch die amerikanische Zentralnotenbank dem Standpunkte Frankreichs anschließen würden. Auf jeden Fall scheine die Bank von Frankreich nur geneigt zu sein, die Möglichkeit einer Verlängerung der Kredite um 4 Wochen zu prüfen. Die weiteren Schritte würden in hohem Maße von der Lausanner Konferenz abhängig sein.

„Financial News“ erblickt in den Baseler Beschlüssen über die Erneuerung des Reichsbankkredits keine besondere Gefahr, da bei Nichtverlängerung des Kredites nach einem Monat die Schuld automatisch unter das Stillhalteabkommen fallen würde. Der Vorschlag müßte dann entsprechend den Stillhalteabmachungen ratenweise zurückgezahlt werden, was die Reichsbank leisten könne.

Die Berliner Stillhalteverhandlungen

11. Berlin, 14. Jan. Nach Mitteilungen des DDD. nehmen die Stillhalteverhandlungen einen günstigen Fortgang. Die Stimmung in den Verhandlungen ist wesentlich besser als vor 14 Tagen. Wie bereits gemeldet, ist der beratende Bankenausschuß für Dienstagabend einberufen worden. Die hieran geknüpften Vermutungen, daß nunmehr ein baldiges Ende der Stillhalteverhandlungen bevorstehe, eilen jedoch den Tatsachen voraus, da es sich hier nur um eine Informierung durch den Stillhalteauschuß handelt. Die Verhandlungen laufen zurzeit auf eine einjährige Verlängerung der Stillhaltecredite hinaus. Außerdem hat man in dem ausgearbeiteten Entwurf den Plan einer Rückzahlung eines größeren Teiles der Kassacredite in Markt und die Konvertierung dieser Markterlöse am deutschen Anlagemarkt ins Auge gefaßt. Ein derartiger Plan ist bekanntlich erstmals von den Schweizer Mitgliedern der Abordnung vorgeschlagen worden.

begehrens sowie des nachfolgenden Volksentscheids mitzuarbeiten.

gez. Arthur Mahraun, Hochmeister des Jungdeutschen Ordens. Dazu hören wir von jungdeutscher Seite, daß der Antrag auf das Volksbegehren am Mittwoch mittag von dem Reichstagsabgeordneten Bornemann im Reichstagsministerium eingereicht worden ist. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun, hat an die Führer aller politischen Gruppen, Bünde und Parteien einen Brief gerichtet, in dem er zu einer einheitlichen Volksfront für Hindenburg auffordert.

Die Nationalsozialisten gegen eine Volkswahl Hindenburgs.

In einer nationalsozialistischen Versammlung, die am Dienstagabend in Kempten stattfand, gab Minister a. D. Frid die Antwort auf die Frage, ob eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustande kommen werde. Die Antwort sei ein glattes Nein. Dr. Frid führte aus: Auch bei einer etwaigen Volkswahl würden die Nationalsozialisten jedenfalls keinen Finger rühren, um den Reichskanzler Brüning nicht noch weiter zu unterstützen. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwunden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten. Es wird in diesem Zusammenhang General von Epp genannt.

Milderung der Steuerlast der Landwirtschaft

Wie die „Landwirtschaftliche Wochenchau“ von unterrichteter Seite erfährt, hat das Reichsfinanzministerium bei seinen Erwägungen über die Neuzeitsetzung des landwirtschaftlichen Einkommensteuergesetzes auf Grund der Reichsbewertung nach

Tages-Spiegel

In der Tributfrage konnte zwischen England und Frankreich noch kein Einvernehmen hergestellt werden. Die französischen Vorschläge für die Lausanner Konferenz finden sowohl in London wie auch in Washington keinen Anklang.

Der Jungdeutsche Orden hat ein Volksbegehren zur Amtverlängerung Hindenburgs beantragt. Da ein solcher Antrag mit einem sehr großen Zeitverlust verbunden ist, kommt ihm praktisch wenig Bedeutung zu.

Die russisch-rumänischen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt sind auf dem toten Punkt angelangt, da Rußland eine Regelung der beharabischen Frage fordert.

Aus Indien werden blutige Zusammenstöße zwischen Kongreßfreiwilligen und Polizei gemeldet.

In Antwerpen sind in der Nacht zum Mittwoch 18 Elefanten des Zirkus Sarrazani verbrannt. Man vermutet Brandstiftung.

Die ehemalige Königin von Griechenland, Sofie, die Schwester des ehemaligen deutschen Kaisers, ist gestern Abend in einer Frankfurter Klinik gestorben.

der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß die damals festgestellten Einheitswerte jedenfalls um 25 Prozent überhöht wären. Tatsächlich dürfte nach der Entwicklung der Landwirtschaft und auch nach den bei Güterbewegungen festgestellten Grundstückspreisen mit einer weit größeren Wertminderung zu rechnen sein. Es erschiene schon fraglich, ob ein Abschlag von 33 Prozent den Verhältnissen wirklich gerecht wird. Die Erwägungen und insbesondere die Verhandlungen mit den beteiligten Organisationen sind noch nicht abgeschlossen.

Ein neues Kabinett Laval

Briand ausgeschieden

11. Paris, 14. Jan. Ministerpräsident Laval hat gestern um Mitternacht ein neues Kabinett gebildet und es sofort dem Staatspräsidenten im Elysee vorgestellt. Das neue Kabinett weist nur wenige Veränderungen auf. Briand ist endgültig ausgeschieden, und Ministerpräsident Laval hat seinen Platz am Quai d'Orsay übernommen. Das Innenministerium ist in die Hände des bisherigen Unterstaatssekretärs Cathala übergegangen, während Lardieu sich dazu entschlossen hat, das Kriegsministerium zu übernehmen. An seine Stelle im Landwirtschaftsministerium tritt der bisherige Unterstaatssekretär im gleichen Ministerium, Fouid. Die Unterstaatssekretariate für Inneres und Landwirtschaft sind aufgehoben worden. Alle übrigen Ministerien und Unterstaatssekretariate haben die gleiche Bezeichnung beibehalten.

Die Notlage der deutschen Wirtschaft

Ein Wirtschaftsbericht der englischen Botschaft in Berlin

11. London, 14. Jan. Soeben wurde ein Bericht des Handelsbeirates der englischen Botschaft in Berlin über die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 1930 bis zum Sommer 1931 veröffentlicht. Der Bericht zeigt in erschreckender Weise den ungeheuren Einfluß der Tributzahlungen und der Weltkrise auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Der Bericht behandelt u. a. die Bemühungen Deutschlands, die Ausfuhr mit allen Mitteln zu steigern und die Einfuhr zu verringern. Hierbei wird hervorgehoben, daß England seinen Platz als zweites Einfuhrland nach Deutschland behalten habe, jedoch sei Englands Einfuhr nach Deutschland im Jahre 1930 gegenüber 1929 um 25 Prozent gefallen, während die deutsche Ausfuhr nach England in derselben Zeit nur um 7 Prozent abgenommen habe. England sei stets das größte Einfuhrland für Deutschland gewesen. Länger wird dann die Lage der wichtigsten deutschen Industrien und ihre Wettbewerbsfähigkeit erläutert. Hierbei wird gezeigt, daß alle Industriezweige in Deutschland mehr oder weniger stark von der Krise betroffen wurden. Der Absatz im Jahre 1930 sei der niedrigste seit Kriegsschluß gewesen. Die Erzeugung sei während des ersten halben Jahres 1931 weiter gefallen. Die Schiffbauindustrie habe im Jahre 1930 und die Automobilindustrie im Jahre 1929 einen Rückschlag erlitten, von dem sie sich bisher noch nicht erholt hätten. Sodann erörtert der Bericht die Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft. Diese hätten jedoch infolge des Fleischsturzes zum Teil nicht ihren vollen Zweck erreicht. Schließlich geht der Bericht noch auf die Arbeitslosigkeit und die Lohnkürzungen ein.

Volksfront für Hindenburg!

Der Jungdeutsche Orden beantragt Volksbegehren zur Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs

11. Berlin, 14. Jan. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun, hat unter der Überschrift: „Volksfront für Hindenburg“ folgenden Aufruf erlassen:

Der Reichspräsident von Hindenburg hat seine Bereitwilligkeit erklärt, das Amt des Reichspräsidenten in der schicksalsschweren gegenwärtigen Zeit weiterzuführen, falls eine entsprechende Mehrheit des Reichstags ihre Zustimmung geben würde. Der Versuch, eine solche Mehrheit zustande zu bringen, ist gescheitert. In der Erörterung einer Volkswahl Hindenburgs treten die Gegensätze der Parteien bereits erneut in den Vordergrund. Es liegt die große Gefahr vor, daß ein neuer Streit darüber entbrennt, wessen Kandidat der Reichspräsident von Hindenburg ist. Es liegt ferner die Gefahr vor, daß zum mindesten ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit zu erhalten, welche das deutsche Volk trotz aller vorhandenen Gegensätze in seinem Glauben an Hindenburg besitzt.

Die Jungdeutsche Bewegung hat daher bei der zuständigen Stelle die Zulassung eines Volksbegehrens auf Volksentscheid über folgendes Gesetz beantragt: „Unter Auserkennung entgegenstehender Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere der Artikel 41 und 43, wird die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und Hindenburg um weitere 7 Jahre verlängert.“ Die Jungdeutsche Bewegung ruft alle Deutschen auf, alle Sonderinteressen zurückzustellen und an der Durchführung dieses Volks-

Die Stadtverwaltung Calw in den Jahren 1930 und 1931

Ein Rückblick von Bürgermeister Göhner

Mit dem Jahre 1931 geht die Amtszeit des 1925 gewählten Gemeinderats zu Ende. Ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Stadtverwaltung beginnt. Da ich über die Jahre 1926-29 schon früher berichtet habe, bleibt mir aus diesem Anlaß nur noch übrig, über die beiden letzten Jahre einen Rückblick zu geben. Ueber sie will ich im Zusammenhang berichten; sie gehören innerlich zusammen, weil verschiedene größere Arbeiten 1930 vorbereitet oder in Angriff genommen, aber erst 1931 fertiggestellt wurden.

In der politischen Geschichte Deutschlands wird diesen beiden Jahren ein besonderes Kapitel gewidmet werden müssen mit der Ueberschrift: „Vom Youngplan bis zur Einstellung der Tributzahlungen. In die deutsche Wirtschaftsgeschichte werden sie eingehen als Zeit einer Weltwirtschaftskrise von vernichtender Stärke, einer Krise, die für Deutschland und viele andere Staaten sowohl in politischer als wirtschaftlicher Hinsicht die allerernsten Gefahren im Gefolge hatte.

Auch die deutschen Gemeindeverwaltungen hatten und haben unter den Auswirkungen dieser Krise schwer zu leiden. Um so schwerer als sie in ihren Entschlüssen und Maßnahmen keineswegs mehr die Freiheit besitzen, die nötig wäre, um innerhalb ihres Wirkungsbereiches erfolgreich dagegen ankämpfen zu können. Das freie Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, von dem genialen Staatsmann Freiherr von Stein vor 100 Jahren eingeführt und seither taufendfältig bewährt, hat durch die Reichs- und Landesgesetzgebung der Nachkriegszeit empfindliche Einschränkungen erfahren. Es braucht hier nicht untersucht zu werden, inwieweit sie durch die Entwicklung der politischen Verhältnisse notwendig geworden sind; Tatsache ist, daß noch nie gegen diesen obersten Grundsatz der Gemeindeverwaltung so sehr gefehlt wurde als in den letzten dreizehn Jahren. Es sei nur auf die Gemeindebeamten- und Lehrerbefoldung hingewiesen, die an die Sähe des Reichs und der Länder angepaßt werden mußte, und besonders erinnert an die Reichsfinanzreform, durch die das Reich die ertragreichsten Steuern in die eigene Tasche steckte: durch den sogenannten Finanzausgleich wurden Länder und Gemeinden zu Kostgängern des Reichs gemacht. Den größten Schaden bestellten natürlich die Länder für sich und gründeten sogenannte Ausgleichsfonds, d. h. sie ermöglichten es, daß die einen Gemeinden auf Kosten der anderen leben können usw. Dazu kam, daß in zunehmendem Maß Aufgaben des Reichs und der Länder den Gemeinden aufgeladen, ureigenste Gemeindeaufgaben ihnen abgenommen und Reichs- oder Landesstellen übertragen wurden. So ist die Gemeindeverwaltung immer mehr von der freien Selbstverwaltung in die beschränkte Zwangsleistung hinein geraten, die sich finanziell so sehr zum Schaden der Allgemeinheit ausgewirkt hat. Erst die Notverordnung vom 12. September 1931 beginnt hier wieder etwas aufzulockern, indem sie die Gemeinden ermächtigt, alle Maßnahmen zu treffen, die zum Haushaltsausgleich erforderlich sind.

Als unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise zeigte sich auch in Calw eine zunehmende Arbeitslosigkeit. Die Fürsorge für die ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubten Arbeitslosen bildete denn auch in dem Berichtsjahre die Hauptaufgabe der Stadtverwaltung. Manche Arbeit wurde aus diesem Beweggrund heraus zur Ausführung beschlossen, die bei normalem Geschäftsgang unterblieben oder doch einer späteren Zeit vorbehalten worden wäre. Ihre Grenze mußte diese Fürsorge finden in der verringerten finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadtgemeinde, hervorgerufen durch einen bedeutenden Rückgang der Steuererträge und der Holz-erlöse. Bei den auf diese Weise ausgeführten Arbeiten handelt es sich ausschließlich um

Tiefbauarbeiten.

Die umfangreichste war der Bau der Kapellenbergstraße, die mit Dohle, Gas- und Wasserleitung ausgestattet wurde und einen Gesamtaufwand von rd. 38 000 RM. verursachte. Eine größere Anzahl Erwerbsloser konnte dabei Beschäftigung finden, weshalb sich die Arbeitslosenversicherung mit verlorenen Zuschüssen und mit einem verbilligten Darlehen an den Kosten beteiligte. Gleiche Zuschüsse wurden gewährt zur Kanalisation der Hengstetter Steige und zur Verlängerung der Wasserleitung im Teufelweg bis zum Steinbruch; ferner zur Nagoldausräumung bei der Gewerbeschule, die sich bei kleineren Hochwassern als sehr nützlich erwiesen hat. Mit ausgesetzten Erwerbslosen, die von der Ortsfürsorge unterstützt werden müssen (den sogenannten Wohlfahrtsverwerbslosen), wurden ausgeführt: der Schützenhauszufahrtsweg von der Stammheimer Steige aus (größtenteils auf Rechnung der Schützengesellschaft), sodann die Erneuerung der Dohle in der Salzgasse, die Erbreiterung der Eduard-Conz-Straße, die Entwässerung eines Teils des Calwer-Hof-Gebiets, die Erstellung einer Stühmayer beim Anwesen Mühlle an der Schiller-Straße und die Erweiterung des oberen Friedhofsteils. Mit dieser letztgenannten Arbeit hat der Friedhof eine Größe erlangt, die wohl für alle Zeiten ausreichend dürfte. Es ist jetzt eine klare Abseidung und eine turnusmäßige Belegung in der Art ermöglicht, daß die vorgeschriebene Grabruhe voll eingehalten und nach Belegung sämtlicher Reihengräber die Wiederbelegung in ununterbrochener Reihenfolge durchgeführt werden kann. Mancherlei unguete Erscheinungen auf dem Friedhof werden dadurch verschwinden, auch sieht jetzt eine ausreichende Anzahl Familiengräber zur Verfügung. Gleichzeitig wurde der neue Friedhofteil entwässert und teils mit einer Mauer, teils mit einem Hag eingefriedigt. Mit der Anlage zur Beschäftigung Erwerbsloser wurden folgende Arbeiten an Unternehmern vergeben: die Neupflasterung der Bischofs- und Bahnhofstraße von Schlanderer bis Adler (Aufwand einschließlich Nebenanlagen 48 000 RM.) und die Um- bzw. Neupflasterung der Stammheimer Steige (Aufwand 7500 RM.). Mit der Pflasterung der Bischofsstraße, wozu der Staat einen Beitrag von 21 000 RM. und die

Antiskörperchaft einen solchen von 5000 RM. gegeben hat, ist das gesamte Straßennetz dem heutigen gesteigerten Kraftwagenverkehr in einer voll genügenden Weise angepaßt, so daß dieser teure Zweig der Gemeindeverwaltung, der in den letzten zehn Jahren viel Geld gekostet hat, wohl auf Jahre hinaus keine größeren Ausgaben mehr erfordern wird. Die Pflasterung der Stammheimer Steige war durch unzulässigen Eingriff eines Grundstücksanlegers in die vorhandenen Entwässerungseinrichtungen notwendig geworden. Der langjährige Entwässerungskreit ist nun vom Oberlandesgericht endgültig zugunsten der Stadtgemeinde entschieden. — Hier wären auch noch zu nennen verschiedene, teilweise einen großen Aufwand erfordernde Arbeiten zur Behebung von Schäden, die durch die Unwetter im Mai und Juni 1931 verursacht worden sind: Tällesbachverbesserung (anteiliger Aufwand der Stadt 4000 RM.), Würstbrunnkanalisierung beim Gaswerk und Wiederinstandsetzung nach dem Unwetter (Aufwand rund 6000 RM.), Wiederinstandsetzung der Ziegelbachüberwölbung beim Adler (3800 Reichsmark), Ausräumung des Oberfanals des Elektrizitätswerks (die Arbeiten am Unterfanal sind noch vorzunehmen), Gesamtaufwand rd. 1500 RM. Zu diesen Kosten der Unwettergeschäden hat die Antiskörperchaft einen Beitrag von 2000 RM., zur Ziegelbachüberwölbung der Staat einen solchen von 1300 RM. zugesagt. Die Teerung von Straßen, die sich sehr bewährt hat, wurde auch in der Berichtsjahre fortgesetzt. Die ebenfalls durch Unwetter stark beschädigten Feldwege wurden teils durch städt. Arbeiter, teils durch Feldvorgearbeiter wieder instandgesetzt.

Erfreulich ist es, daß es endlich gelungen ist, den Staat zur Verbesserung der Straßengabelung bei Dinglers Scheuer (Straße Böblingen—Calw und Herrenberg—Calw) zu bewegen. Ein für Kraftfahrzeuge und Radfahrer gefährlicher Zustand, der zahlreiche Unglücksfälle herbeigeführt hat, ist nun beseitigt.

Wegen Verbesserung der allgemeinen Kanalisation mit Sammelfüranlage, die vom Ministerium verlangt wurde, ist dem Abwasseramt Auftrag gegeben worden zur Ausarbeitung eines grundlegenden Plans, obwohl man sich darüber im klaren war, daß dieser Plan aus Mangel an Mitteln in den nächsten Jahrzehnten nicht durchgeführt werden kann. Ebenso wurde dem Wasserkräftamt wegen einer Nagoldverbesserung zur Beseitigung der Hochwassergefährden die Fertigung eines generellen Projekts in Auftrag gegeben.

Der Zustand verschiedener städtischer Hochbauten

würde mancherlei Verbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten erwünscht erscheinen lassen; doch stehen vorläufig dafür keine Mittel zur Verfügung. Nur das ehemals Schaalsche Gebäude in der Badstraße (Rehrerwohnungen) und die Friedhofkapelle konnten gründlich instandgesetzt werden. Erfreulicherweise hat die private Bautätigkeit und der Bau des neuen Posthauses dem Baugewerbe eine, wenn auch bescheidene Beschäftigung als in früheren Jahren gebracht. Zu einer Anzahl Wohnungsarbeiten hat die Stadtgemeinde wieder die übliche hälftige Ausfallbürgschaft für Darlehen der Wohnungskreditanstalt übernommen (ebenso für Darlehen zur Instandsetzung einiger Altwohnungen) und auf diese Weise zur Behebung der Bautätigkeit beigetragen.

Aus Anlaß des Baus der Kapellenbergstraße wurde eine von einer Kommission eingehend vorbereitete Ortsaufsagung über die Regelung der Leistungen der Anlieger an neuerbauten Straßen

erlassen. Es erscheint gerechtfertigt, daß diejenigen, welche aus einem Straßensbau Nutzen ziehen, der Stadt die Aufwendungen hierfür teilweise erheben. In dieser Sitzung ist auch die Beteiligung der Gebäudebesitzer an den Kosten der Herstellung und Unterhaltung der Gehwege geregelt, ebenso die Höhe der Beiträge zu den Kosten der Herstellung öffentlicher Dohlen festgelegt. Von der Erhebung fortlaufender Beiträge der Hausbesitzer für die Benützung der städt. Dohlen wurde Abstand genommen.

Unter Berücksichtigung neuerer Gesichtspunkte des Städtebaus wurde sodann ein

Ortsbauplan für das gesamte Kapellenberggebiet aufgestellt und besondere Anbauvorschriften für die (obere) Kapellenbergstraße erlassen, worin die seitlichen Grenz- und Gebäudeabstände und die Höhe der Gebäude geregelt ist, damit eine gewisse Gewähr für einen harmonischen Anbau an dieser Straße besteht. Für das Gebiet „Steinrinne“ sind ebenfalls Vorarbeiten zu einem neuen Stadtbauplan im Gang.

Als eine Hauptaufgabe der letzten Jahre betrachtete die Stadtverwaltung den

Ausbau des Gaswerks,

das schon immer eine unausföhrliche Quelle berechtigter Klagen gewesen war. Die vielfach zu engen Hauptleitungen waren zwar schon in früheren Jahren planmäßig durch weitere erjzt und manche Klage über zu geringen Gasdruck dadurch behoben worden. Aber der kleine Gasbehälter war schließlich völlig unbrauchbar geworden und zur Aufspeicherung von Gas nicht mehr zu gebrauchen; in den Hauptabnahmeweizen war deshalb die Gasversorgung des öfteren ungenügend; auch die Güte des Gases konnte mangels geeigneter Kontrollapparate nicht immer auf gleicher Höhe gehalten werden; in der kälteren Jahreszeit machten sich regelmäßig Naphthalinverstopfungen sehr unangenehm bemerkbar. — Hier mußte gründliche Abhilfe geschaffen und vor allem ein neuer Gasbehälter aufgestellt werden. Statt eines Hochbehälters entschied sich der Gemeinderat auf Anraten seines technischen Sachverständigen für die Beschaffung eines liegenden Hochdruckbehälters. Der nun aufgestellte Behälter hat einen Rauminhalt von 125 Kubikmeter; er wird mit Hilfe eines von einem Elektromotor angetriebenen Notationskompressors gefüllt. Bei einem Enddruck von 5 Atü können 625 Kubikmeter Gas darin aufgespeichert wer-

den. Doch wird eine Füllung unter solch hohem Druck selten nötig. Nur in der Hauptverbrauchszeit von 11 bis 1 Uhr mittags wird er zur Gasabgabe in Tätigkeit gesetzt; in der übrigen Zeit reicht der alte Behälter zur Versorgung aus. Zugleich mit dem Hochdruckbehälter wurde ein Raumfühler und ein Naphthalinwäscher, sowie zur Kontrolle der Tätigkeit des Gasfängers ein sogenannter Verbundschreiber aufgestellt, durch den die Verstellung eines verhältnismäßig gleichwertigen Gases ermöglicht wird. Mit der Vergrößerung des Kofschuppens, der schon lange nicht mehr ausreichte, den im Sommer angefallenen und nicht verkauften Kof für den Winterbedarf trocken aufzubewahren, und mit der Pflasterung der Hofeinfahrt wurden die Ausbauarbeiten ihren Abschluß. Sie hatten wohl hohe Aufwendungen verursacht (die Gesamtkosten betragen rund 75 000 RM.); das Gaswerk ist nun aber auch in einem Zustand, der, von den regelmäßig zu erneuernden Defen abgesehen, voraussichtlich in langer Zeit keine größeren Aufwendungen auf die Betriebsanlagen mehr nötig machen wird. Das Calwer Gaswerk stellt heute eine neuzeitlich eingerichtete Gaserzeugungsanlage dar, die imstande ist, alle billigen Erwartungen der Abnehmer, sowohl bezüglich der Menge als der Güte des Gases, zu erfüllen.

Mit verschiedenen Kurzen ließ das Gaswerk wiederum den Hausfrauen Anleitung zur zweckmäßigsten Verwendung von Gas beim Kochen geben und die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten praktisch vorführen. — Der Gasverbrauch ist in den letzten Jahren, wohl insolge der Wirtschaftskrise, etwas zurückgegangen; im Rechnungsjahr 1930 um 5 Prozent.

Städt. Elektrizitätswerk
In den beiden letzten Jahren keine nennenswerten Veränderungen vorgenommen worden. Der Rückgang des Stromverbrauchs im Rechnungsjahr 1930 beträgt 1½ Prozent; bis zum Ende des Rechnungsjahres 1931 wird er sich voraussichtlich erheblich steigern.

Städt. Wasserwerk
Es ist nur zu berichten, daß die Bohrungsarbeiten zur Erschließung der Renthheimer Quelle gute Fortschritte gemacht haben und noch fortgesetzt werden.

Werkstarife.
In seiner heutigen Sitzung wird sich der Gemeinderat mit Anträgen auf eine Senkung der Tarife sämtlicher 3 Werke und mit einer nochmaligen Herabsetzung der Kofpreise zu befassen haben. Das Maß dieser Senkung wird über die Forderungen des Preisüberwachungskommissars hinausgehen. Die für die Werke entstehende Einbuße wird zum größten Teil wieder ausgeglichen werden, einmal durch die Lohn- und Gehaltskürzungen, sodann durch die Kofsenpreiserhöhung und nicht zuletzt durch die gesteigerte Ausbeute beim Gaswerk insolge Modernisierung des Betriebes. Die Ablesungen der Städt. Werke an die Stadtkasse werden deshalb auch künftig nicht wesentlich geringer sein als bisher. Der Gemeindeverband Teinach hat der Stadt nun ebenfalls eine Ermäßigung des Preises für den von dort bezogenen Strom um 6 Prozent zugesagt.

Schulwesen.
In der Organisation und der Unterbringung der städt. Schulen ist keine Änderung eingetreten. Teilweise ist die Schülerzahl zurückgegangen (besonders stark bei der Verbandsgewerbeschule), so daß vom Beginn des neuen Schuljahrs ab mit der Einsparung einiger Lehrkräfte gerechnet werden kann. Die Schullieder an den höheren Schulen sind im letzten Jahre zwar hinausgesetzt worden, doch wurde mit Rücksicht auf das gesunkene Einkommen der Eltern und, um auch den Kindern minderbemittelter Kreise den Besuch einer höheren Schule zu ermöglichen, von der Erhebung des Höchstbetrages Abstand genommen.

Gesundheitswesen.
Im Jahre 1930 sind beim Bürgermeisteramt 26, im Jahre 1931 17 Fälle von ansteckenden Krankheiten aus der Stadt Calw angezeigt worden. Es handelt sich in der Hauptsache um Scharlach- und Diphtherieerkrankungen; auch einige Typhuserkrankungen sind in letzter Zeit festgestellt worden, ohne daß die Ursache oder der Ansteckungsherd aufgefunden worden wäre. Es handelt sich um Einzelfälle, die vermutlich von auswärts eingeschleppt wurden. Die Zahl der Fälle von ansteckenden Krankheiten kann als normal bezeichnet werden.

Der Fleischbeschau unterlagen 1931: 78 Döhlen (1930: 84), Bullen 74 (1930: 63), Kühe 116 (143), Rinder 251 (278), Kalber 1168 (1069), Schweine 2900 (2108), Schafe 111 (119), Ziegen 7 (3). Einige beanstandete Tiere wurden für genussunfähig erklärt, andere als beschränkt genussfähig auf die Freibank verwiesen. Beispielsweise wurden bei 4 Tieren auch die Trichinenschau durchgeführt. Die große Zahl mikroskopischer Untersuchungen machte die Anschaffung eines sogenannten Trichinoskops erforderlich, das nun gute Dienste tut. Der Versuch einer gemeinsamen Ausübung der Trichinenschau zugleich auch für Viefau mußte wieder aufgegeben werden. Die Fleischbeschaugebühren wurden im Lauf des Jahres 1931 gesenkt.

Auch das Wasser aus den städt. Quellstuben wurde fortlaufend überwacht und vom Untersuchungsamt der Stadt Pforzheim chemisch und biologisch untersucht. Es ergaben sich dabei keine Anstände. Die regelmäßigen Lebentestkontrollen und Untersuchungen verliefen im allgemeinen ebenfalls ohne Anstand. Bei der Milch wurde jedoch in mehreren Fällen Wasserzusatz festgestellt und hierwegen Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet. Auch aus anderen Gründen mußten einige Milchproben als nicht einwandfrei beanstandet werden. Zur besseren Handhabung der Milchkontrolle ist am 1. Mai 1930 eine ortspolizeiliche Vorschrift über den Verkehr mit Milch erlassen worden; auch ein neues Reichsmilchgesetz ist inzwischen erschienen, das eine Verbesserung der Kontrollmaßnahmen und der Güte der Milch selbst anstrebt.

Wie schon eingangs erwähnt, nahm das **Fürsorgewesen** in den beiden letzten Jahren einen breiten Raum in der Tätigkeit der Stadtverwaltung ein. Die Aufwendungen der

Stad
ängst
nen
Reich
dere
ben.
Aufst
die A
geste
Wied
mehr
mehr
sen
fänge
rigen
gen
Stad
arbei
gesch
inner
könn
durch
geleis
nicht
R
Gabe
sen.
diese
nenn
nach
und
Das
Kofle
stiehe
das S
Unter
der S
imme
halten
Ueber
nung
samte
sein.
Vöhrn
als V
ein R
bei d
war.
Die
Mitt
U
Ziel
dem
Pres
abend
land
Ersch
Deut
nicht
fina
keit.
den
pflicht
set, n
W
würde
mehre
in bez
land
immer
ger
aufgel
lassen,
Basel
dene
nicht
Rei
auf d
daß d
sonder
erhöhn
auch a
den.
schrauf
rich D
und B
In
präf
die Gr
entsche
dagege
wieder
für ein
gleich
gesteit
berer
nicht
schen
sehr
Gemä
unterlä
Me
U
die sch
delsver

dem Druck sel-
11 bis 1 Uhr
gefahrt; in der
erfolgung aus.
Raum für die
zur Kontrolle
Verbindung
ung eines ver-
wird. Mit der
nge nicht mehr
nicht verkauf-
bewahren, und
Ausbauarbei-
Aufwendungen
000 M.); das
der, von den
vorausichtlich
auf die Be-
Calwer Gas-
gasvergeugungs-
wartungen der
der Güte des
werk wiederum
a Verwendung
benen Verwe-
er Gas ver-
olge der Wirt-
ungsjahr 1930

nswerten Ver-
rückgang des
ragt 1 1/2 Pro-
31 wird er sich
zur Erschlie-
gemacht haben
meinderat mit
lcher 3 Werke
Kostpreise zu
wird über die
ffars hinaus-
uße wird zum
mal durch die
e Kohlenpreis-
erte Ausbeute
Betriebs. Die
btkasse werden
ein als bis-
er Stadt nun
n von dort be-

der städt.
weise ist die
bei der Ver-
neuen Schul-
räfte geredet
höheren Schu-
worden, doch
ommen der El-
mittelter Kreise
ischen, von der
n.
t 26. im Jahre
iten aus der
in der Haupt-
; auch einige
gestellt worden,
es ausgefun-
ed, die vermut-
Zahl der Fälle
mal bezeichnet

8 Döfen (1930:
der 251 (278),
kase 111 (119),
den für genuß-
fußtauglich auf
den bei 4 Tie-
nd nun in Calw
e Zahl mikro-
fung eines so-
n gute Dienste
ung der Trich-
ber aufgegeben
im Kauf des
llstuben wurde
amt der Stadt
t. Es ergaben
e ben sin i-
schließen im all-
Milch wurde je-
fesselt und hier-
erstattet. Auch
roben als nicht
en Handhabung
ortspolizeiliche
n worden; auch
erschiene, daß
und der Güte

Raum in der
wendungen der

Stadt für Unterstützungszwecke wachsen nachgerade in be-
ängstigendem Zeitmaß und Umfang. Durch die verschiede-
nen Notverordnungen des Reichspräsidenten wurde die
Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zwar auf gesün-
dere Grundlagen gestellt, aber leider auf Kosten der Gemein-
den. Die Unterstützungsdauer wurde verringert; an dem
Aufwand für die Krisenfürsorge tragen die Gemeinden über
die Amtsfürsorgeumlage 20 Prozent; die Zahl der aus-
gesteuerten Erwerbslosen, die vorläufig keine Aussicht auf
Wiedereingliederung ins Erwerbsleben haben, schwillt immer
mehr an. Für Notstandsarbeiten stehen heute keine Mittel
mehr zur Verfügung. Die Wohlfahrts'erwerb'slo-
sen (auch einige Kurzarbeiter und Krisenunterstützungsemp-
fänger) werden nurmehr ausnahmsweise mit Geld, im üb-
rigen ausschließlich durch Abgabe von Lebensmittelanweissun-
gen unterstützt mit der Verpflichtung zur Ablei-
tung gemeinnütziger Arbeit. Sie stehen zur
Stadtgemeinde nur in einem fürsorgerechtl. in keinem
arbeitsrechtlichen Verhältnis. Von wenigen Ausnahmen ab-
gesehen, gewährt es den Empfängern der Anweisungen eine
innere Befriedigung, daß sie die Unterstützung „verdienen“
können. Wie schon hervorgehoben, konnte auf diese Weise
durch die Wohlfahrts'erwerb'slosen manche nützliche Arbeit
geleistet werden, wenn diese Arbeiten auch volkswirtschaftlich
nicht alle gleich hoch zu bewerten sind.

Recht segensreich hat sich die größtenteils aus freiwilligen
Gaben der Einwohnerschaft betriebene Notküche erwie-
sen. Die Empfänger sind dankbar für die Hilfe, die ihnen
diese Einrichtung bringt. An sonstigen Maßnahmen sind zu
nennen: Abgabe verbilligten Holzes und von Koks, Wei-
nachtsgaben, Arbeitslosenkurse (Winter 1930-31), Flickkurse
und die Einrichtung einer Wärmehütte im Ev. Vereinshaus.
Das Reich gibt noch eine besondere Beihilfe zur Fleisch-
und Kohlenbeschaffung (30 Pfg. pro Pfund bzw. Str.). So ge-
schieht von allen Seiten im Rahmen der finanziellen Kräfte
das Menschenmögliche, um die große Arbeitslosennot zu
mindern.

Die Finanzverhältnisse

der Stadtgemeinde sind zurzeit noch gesund. Es wird aber
immer schwieriger, den städt. Haushalt im Gleichgewicht zu
halten. Wenn das nächste Vierteljahr keine unliebsamen
Ueberraschungen mehr bringt, so ist zu hoffen, daß das Rech-
nungsjahr 1931 ohne Abmangel abschließen wird. Das ge-
samte Restvermögen wird bis dahin allerdings aufgezehrt
sein. Die mehrfache Kürzung der Beamtgehälter und
Löhne hat Ersparnisse an Ausgaben gebracht. Auch konnte
als Verwaltungskostenzuschuß der Reichsbetriebe erstmals
ein Beitrag von 5234 Mark vereinnahmt werden, mit dem
bei der Aufstellung des Vorschlags nicht gerechnet worden
war. Dagegen scheint auch für das Jahr 1931 wieder keine

Die Unmöglichkeit weiterer Tributleistungen Minister Dietrich unterbreitigt die Reparationserklärung des Reichskanzlers

U. Berlin, 13. Januar. Der Reichsfinanzminister und
Vizekanzler Dietrich erläuterte in einer Unterredung mit
dem Chefkorrespondenten des Berliner Büros der United
Press den deutschen Standpunkt in der Tributfrage am
Vorbend der Lausanner Konferenz. Dietrich erklärte, Deutsch-
land sei der Meinung, daß die Zollpolitik aller Länder die
Erfüllung des Youngplanes unmöglich gemacht habe. Wenn
Deutschland nicht zahlen könne, so handele es sich hierbei
nicht um eine Bösartigkeit Deutschlands, sondern um eine
finanzielle und wirtschaftliche Unmöglichkeit. Dazu komme,
daß Deutschland seine privaten Schulden zurückzahlen müsse
und entschlossen sei, sich diesen Verpflichtungen, obwohl
gegenwärtig eine Stockung eingetreten sei, nicht zu entziehen.

Wenn die Zollschranken in der ganzen Welt fallen
würden, dann könne Deutschland seinen Außenhandel um
mehrere Milliarden ausdehnen und damit eine neue Lage
in bezug auf seine Zahlungsfähigkeit herbeiführen. Deutsch-
land glaube, daß die sich unter dem Druck der Reparationen
immer mehr verschärfende Weltkrise die Reparationsgläubiger
zu einer Entlösung führen werde. Daher werde alles
aufgeboten werden müssen, die Konferenz so lange tagen zu
lassen, bis die endgültige Lösung erreicht sei. Der
Vaseler Bericht habe bestätigt, daß die Voraussetzungen, von
denen die Verfasser des Youngplanes ausgegangen seien,
nicht eingetroffen seien.

Reichsminister Dietrich betonte dann auch im Hinblick
auf die Erklärungen des Reichskanzlers zur Tributfrage,
daß der Reichskanzler nicht von Deutschlands Nichtwollen,
sondern von seinem Nichtkönnen spreche. Weitere Steuer-
erhöhungen seien für Deutschland unmöglich, und es könne
auch aus den Steuerquellen nicht mehr herausgepreßt werden.
Zur Veranschaulichung der Tatsache, daß die Steuer-
schraube nicht weiter angezogen werden könne, führte Dietrich
Daten über den Rückgang der Erträge aus der Bier-
und Branntweinsteuer an.

In der Unterredung wurde dann auch noch die Reichs-
präsidentenwahl berührt. Dietrich erklärte, daß für
die Entwicklung in Deutschland die Reichspräsidentenwahl
entscheidend sei und daß die späteren Wahlen in Preußen
dagegen an Bedeutung zurückständen. Sollte Hindenburg
wiedergewählt werden, so sei für Deutschland die Sicherheit
für eine völlige Legalität des Regierungssystems gegeben,
gleichgültig, auf welche Weise die Wiederwahl in die Wege
geleitet werde. Komme es zu einem Wahlkampf zwischen
anderen Kandidaten, in dem Reichspräsident von Hindenburg
nicht kandidieren sollte, dann werde das Schicksal des deut-
schen Volkes erst recht vom Ausgang des Wahlkampfes, der
sehr heftig geführt werden würde, abhängen. Siegen die
Gemäßigten, so sei der nationalsozialistische Spuk verfliegen,
unterlägen sie aber, so seien die Folgen unabsehbar.

Meistbegünstigung im Handelsverkehr mit der Schweiz

U. Berlin, 13. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem
die schweizerische Regierung den deutsch-schweizerischen Han-
delsvertrag gekündigt hat, fallen ab 4. Februar neben den

Aussicht zu bestehen, einen Zuschuß aus dem Ausgleichsstock
zu erhalten, obgleich dieser vom Landtag beträchtlich gestärkt
worden ist und der Finanzminister den Gemeinden, die un-
ter Unwetterchäden und großen Ausfällen aus dem Wald
zu leiden haben, eine besondere Berücksichtigung in Aussicht
stellte. Die Höhe der Rechnungsanteile der Stadt Calw an
den Reichssteuern ist zwar noch nicht festgestellt, doch
ist sicher, daß die Ueberweisungen im günstigen Fall nur
die Hälfte des Vorjahrs betragen werden. Die
Einführung der erhöhten Biersteuer und der Bürgersteuer
ist ein völlig unzureichender Ersatz für den Aus-
fall. Von der Erhebung der allgemeinen Getränksteuer hat
die Stadtverwaltung seinerzeit Abstand genommen; ich
glaube nicht, daß hier große Erträge erzielt worden wären.
Auch der Ertrag der Wertzuwachssteuer geht immer mehr
zurück. Nur selten kann bei Hausverkäufen noch ein Wert-
zuwachs festgestellt werden. Grundstücke und Gebäude fallen
in ganz bedenklicher Weise im Preis. Auch die Grunder-
werbsteuer bringt keinen großen Ertrag mehr. Es können
nur sehr schwer Käufe getätigt werden. Geld (und beson-
ders bares Geld) besitzt heute nach dem Auspruch eines be-
kannten Volkswirts einen Seltenheitswert. Von einem Teil
der Pflichtigen werden die Steuern pünktlich bezahlt, ein
anderer Teil aber ist sehr säumig in der Zahlung. Die
Ausstände sind daher beträchtlich. Es vergeht keine Sit-
zung der Verwaltungsabteilung, in der nicht Stundungs-
gesuche zu behandeln wären, häufig auch Nachlassgesuche für
die Gebäudeversicherungssteuer. Obwohl auch die Gewerbe-
steuerkataster fürs Jahr 1931 noch nicht feststehen, ist auch
hier mit einem namhaften Rückgang zu rechnen.

Der Waldvertrag ist katastrophal zusammenge-
schrunken. Für Langholz wurden im Jahre 1929 noch 110
Prozent der Forsttage erzielt. 1930 nur 88 Prozent, 1931
nur 56% und zuletzt sogar nur 40 Prozent. Für das Fie-
jahr 1932 ist eine Fällung von nur 1500 Festmeter vorge-
sehen, gegen normalerweise 2500 Festmeter. Es ist sinnlos,
das in langen Jahrzehnten gewachsene Holzkapital gegen
einen Erlös, der sich wenig über den Sauerlöshaus bewegt,
zu verschleudern.

Der Schulhausbaufonds war auf 1. 4. 1931 auf
55 522 M., der Fonds für den Bau einer Nagel-
brücke zwischen dem Eigentum der Vereinigten Decken-
fabriken und Bauunternehmer Alber auf 2233 M., der
Wasserleitungsbaufonds auf 51 500 M. ange-
wachsen.

Innere Verwaltung

Auf dem Gebiet der inneren Verwaltung war in der Be-
richtszeit eine Fülle von Einzelarbeit zu erleben. Von
einer Aufzählung der vielerweigen Tätigkeit in der
staatlichen und Gemeindeverwaltung will ich absehen. Alle

übrigen Bestimmungen des Handelsvertrages insbesondere
die mit der Schweiz vereinbarten Zollbefreiungen und
Zollbindungen fort. In Besprechungen zwischen der deutschen
und der schweizerischen Regierung ist jedoch festgestellt wor-
den, daß beide Teile sich für die Zeit nach dem 4. Februar
meistbegünstigt behandeln wollen. Hiernach würden im be-
dersseitigen Warenverkehr die dritten Staaten gegenüber her-
abgesetzt oder gebundenen Zölle zur Anwendung gelangen.

Waffenfunde in einem Wiener Vorort

U. Wien, 13. Jan. Bei einer polizeilichen Hausdurch-
suchung im Arbeiterheim in Ottakring sind 782 Mannlicher-Gewehre,
10 Maschinengewehre, eine Anzahl Säbel, Seitengewehre,
Handfeuerwaffen und 100 Handgranaten gefunden worden.
Die Handgranaten sind von einer Fabrik, der eine Eisen-
dreherei angegeschlossen ist, geliefert worden. Die Polizei be-
richtet, daß in der Fabrik mit Ueberstunden gearbeitet wurde.
Bei der Hausdurchsuchung im Arbeiterheim wurden auch mehrere
Glasballons und Flaschen mit einem noch unbekanntem Stoff
gefunden. Man nimmt an, daß es sich um Gift handelt.

Der Mandchurei-Konflikt

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Chinas zu Japan?

U. London, 13. Jan. Der chinesische Außenminister Dr.
Tscheng beabsichtigt, britischen Meldungen aus Shanghai
zufolge, seinen Rücktritt zu erklären. Dieser Schritt sei als
Protest gegen die Nichtausführung des von ihm vorgeschla-
genen scharfen Kampfes gegen Japan aufzufassen. Dieselbe
Duelle meldet, daß amtlichen Nachrichten der chinesischen Re-
gierung zufolge die Regierung nach Verweigerung des Rück-
trittsangesuches Tschengs beabsichtigt, die diplomatischen Bezie-
hungen zu Japan abzubrechen und den deutschen und den
amerikanischen Botschafter in Tokio mit der Vertretung der
Interessen Chinas zu beauftragen.

Die Chinesen haben die Stadt Tsinhsi in der Nähe
von Kintshan, die von den japanischen Truppen besetzt wor-
den war, eingeschlossen. Die Besatzung befindet sich in großer
Bedrängnis, da die Chinesen in großer Uebermacht sind.
Durch die Beschießung sind bereits ganze Häuserreihen durch
Feuer vernichtet worden. — Bei Hsinmintun wurde ein ja-
panischer Panzerzug zum Entgleisen gebracht. Chinesische
Banditen hatten vorher die Gleise gesprengt. Nach unbestä-
tigten Meldungen sollen etwa 31 japanische Offiziere und
Mannschaften getötet worden sein. Chinesische irreguläre
Truppen griffen darauf die Stadt Hsinmintun an der Pei-
king-Mulden-Eisenbahn an und machten die aus einer
Kompanie Infanterie und einer Pionierabteilung bestehende
Besatzung nieder. Japanische Hilfstruppen erschienen auf
dem Platz, vertrieben die Chinesen und besetzten die Stadt
von neuem.

Politische Kurzmeldungen

In Kreisen der Reichsregierung steht man auf dem
Standpunkt, daß das Ziel der gescheiterten Aktion des
Reichsanzlers gewesen sei, auf dem möglichst kürzesten, auch
volkswirtschaftlich einfachsten Wege eine Verlängerung der
Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg entsprechend
dem Willen der überwältigenden Mehrzahl des deutschen
Volkes herbeizuführen. Die Behauptung Eugenbergs, die
Reichsregierung habe keine Mehrheit des Volkes hinter sich,

Organe der Stadtverwaltung haben hier mit Hingebung viel
treue Arbeit geleistet; der Gemeinderat, alle Beamten, An-
gestellten und Arbeiter. Ihnen allen danke ich für ihre Mit-
arbeit und das allseitige Streben, diese Arbeit möglichst reib-
ungslos durchzuführen. Wenn die Stadt auch fernerhin in
diesem Geist gegenseitigen Vertrauens verwaltet werden
wird, muß es gelingen, auch die künftigen Aufgaben, die
kleinen und die großen, zum Segen der Bevölkerung zu
lösen.

Sonstiges

Die Landesregister des Jahres 1931 weisen fol-
gende Einträge auf: Geburten 125 (davon im Bezirkskran-
kenhaus 85), Eheschließungen 42, Sterbefälle 82. Aus der
Stadt Calw selbst sind 67 Geburten verzeichnet; es kommen
also auf 1000 Einwohner etwa 11 Geburten, gegen rund 30
im Durchschnitt der Jahre 1872-1880.

Aus der Fremdenverkehrsstatistik. Passan-
ten 1931: 4657 (1930: 6382), Kurgäste: 209 (1930: 190) mit ins-
gesamt 10 238 Uebernachtungen. Die Zahl der übernach-
enden Geschäftsreisenden ist sehr zusammengeschmolzen. Bes-
ten, wie die Tage vom 11.-13. 7. 1931, wo der Kübler- und
Küferverband in Calw tagte, sind selten geworden. Die
Gaststätten haben schwer unter der Wirtschaftskrise zu lei-
den. Auch das sonstige Gewerbe liegt sehr darnieder.
Die geschwundene Kaufkraft der Bevölkerung macht sich in
einem geringen Umsatz der Ladengeschäfte bemerkbar. Der
Beschäftigungsgrad des Handwerks ist gering. Auch unsere
Fabriken haben nun schon seit vielen Monaten Kurzarbeit
eingeführt, ja teilweise Arbeiterentlassungen vornehmen
müssen. Die Zigarrenfabrik hat ihre Tore ganz geschlossen.
Alles in allem ein trauriges Bild der deutschen Wirtschafts-
not!

Niemand wagt unter solchen Umständen vom neuen Jahr
viel Gutes zu erhoffen. Wie im privaten Leben, so wird
auch die Stadtverwaltung nur Lebensnotwendige Aus-
gaben machen dürfen. Ueberall wird unter Anwen-
dung äußerster Sparsamkeit im neuen Jahr der Versuch ge-
macht werden, die öffentliche und private Wirtschaft über
die hoffentlich nur kurze Periode des Notstands hinüberzu-
retten. Die letzten Ausführungen unseres Reichskanzlers
über die Zahlungsfähigkeit des Reichs und der deutschen
Wirtschaft geben volle Klarheit darüber, daß an Tributzah-
lungen nicht mehr zu denken ist. Folgenschwere internatio-
nale Besprechungen stehen bevor. Vorerst dürfen wir noch
die Hoffnung haben, es werden dort nicht diejenigen die
Oberhand gewinnen, die bereit wären, eine Verschärfung
der Welt-Wirtschaftskrise in Kauf zu nehmen, nur um ihr
politisches Ziel, den Zusammenbruch Deutschlands, zu er-
reichen, sondern jene Völkervertreter, die aus höherer Ein-
sicht und reinerem Willen eine Befriedung und Gesundung
der Welt anstreben.

wird unter Hinweis auf die letzte Entscheidung des Völker-
rats zurückgewiesen. — Der Strafrechtsausschuß des
Reichstages trat nach längerer Pause ohne die Vertreter der
Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammen. Der
Ausschuhvorsitzende, Abg. Dr. Kahl (D.V.), verwies auf den
vielfältigen Wunsch, die Arbeiten der Strafrechtsreform, mit
denen jetzt der 6. Jahrgang begonnen werde, zu fördern, so-
weit es in den Kräften des Ausschusses liege. — Der frühere
Reichsaußenminister Dr. Curtius ist vom Ausschuhrat der
„Babag“, der Nachfolgerin der Fürstin Pleßschen Verga-
merksverwaltung, zum Generaldirektor der Gesellschaft ge-
wählt worden. — Der Reichsfinanzminister hat als Frist für
die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkom-
mensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer bei der Ver-
anlagung für die 1931 endenden Steuerabschnitte die Zeit
vom 15. bis 29. Januar 1931 bestimmt. — Der Preisüber-
wachungskommissar hat strenge Durchführung der Preis-
schilber-Verordnung in den Ländern angeordnet. Unzulässig ist
das Einsetzen von Staffelpreisen auf Preisschildern sowie
Reklamevermerke wie z. B. Preise laut Notverordnung u. ä.
— Der Bundesführer der österreichischen Heimwehren, Star-
chenberg, hat an den Bundeskanzler ein ausführliches Schrei-
ben mit Vorschlägen zur Behebung der Wirtschaftskrise ge-
richtet. Starchenberg appelliert an die Regierung, die vorge-
schlagenen Maßnahmen durchzuführen, und kündigt im Falle
einer Ablehnung einen Volksaufmarsch der Heimwehren in
ganz Oesterreich an. — Bei der Eröffnung der französischen
Kammer mußte die Pariser Polizei kommunistische Straßen-
demonstrationen unterdrücken; 2000 Personen wurden
zwangsgestellt. — Auf der internationalen Pressekonferenz
in Kopenhagen hielt der Vertreter der sowjetrussischen Re-
gierung, Dumanstki, trotz wiederholten Einspruches der Ver-
sammlung einen ausgedehnten Propagandavortrag gegen die
kapitalistische Weltpresse, deren Berichte über Sowjetruß-
land grundsätzlich und absichtlich gefälscht seien. — Der in-
dische Kongress will den amtlichen englischen Postdienst boy-
kottieren und ein eigenes Postunternehmen ins Leben rufen.

Aus dem brennenden Bahnwagen gesprungen

U. Berlin, 13. Jan. Ein aufregender Vorfall ereignete
sich auf der Eisenbahnstrecke zwischen den Bahnhöfen Beussel-
straße und Jungfernheide in Berlin-Moabit. In dem letz-
ten Wagen eines Güterzuges, in dem zwei Pferde des Ar-
tillerie-Regiments 6 befördert wurden, fiel eine Petroleum-
lampe um. Es entstand sofort ein Brand. Der begleitende
Reichswehrsoldat versuchte das Feuer zu ersticken, was jedoch
mißlang, da der Brand an dem im Wagen befindlichen Stroh
reiche Nahrung fand. Der Soldat öffnete schließlich die Wa-
gengtür und sprang aus dem fahrenden Zug. Einem der
Pferde folgte ihn, während das andere im Wagen ver-
brannte. Der Soldat, der eine leichte Gehirnerschütterung
davongetragen hat, hielt einen Stadtbahnzug an und fuhr
zum nächsten Bahnhof zurück, wo er die Feuerwehre alarmierte.
Beim Eintreffen der Wehre war der Güterwagen
jedoch schon völlig ausgebrannt. Das aus dem Zug gesprun-
gene Pferd hat eine Halsverletzung davongetragen.

Ständiges Inferieren bringt Gewinn!

Aus Stadt und Land

Calw, den 14. Januar 1932.

Der rätselhafteste Fall geklärt.

Die Persönlichkeit des jungen Mannes, der in der Nacht vom Sonntag auf Montag in Calw nur mit dem Hemd bekleidet aufgegriffen wurde, konnte jetzt einwandfrei festgestellt werden. Der junge Mann ist in Freiburg geboren und in Schweningen a. N. wohnhaft. Zuletzt war er in der Chirurgischen Klinik in Tübingen untergebracht und ist dort weggelaufen in der Absicht, Selbstmord zu begehen. Das seltsame Gebaren des Mannes ist unzweifelhaft auf hochgradige Nervenzerstörung zurückzuführen.

Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk

Entsprechend der besonderen Struktur des Arbeitsmarkts ist die Zahl der Arbeitslosen gegen Ende des Jahres im Arbeitsamtsbezirk Nagold sprunghaft in die Höhe gegangen. Während am 1. November 1928 männliche und 258 weibliche, zusammen 1468 Personen Hauptunterstützungsempfänger waren, waren es am 15. November bereits 1460 männliche und 252 weibliche, auf 1712, am 1. Dezember 1928 männl. und 281 weibl., auf 2183, am 15. Dez. 2896 männl. und 288 weibl., auf 3916 Hauptunterstützungsempfänger. Den ganzen Sommer und Herbst durch ist es gelungen, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weit unter dem Stande des Vorjahres zu halten; hierin ist zum erstenmal auf Jahresende eine Minderung eingetreten. Am 1. Dez. 1930 waren es noch 2213, auf Jahresende jedoch nur 3949 Hauptunterstützungsempfänger. Eine Besonderheit im Vergleich zu anderen Arbeitsamtsbezirken bedeutet dies nicht, da die Zahl der Arbeitslosen auch in den umliegenden Bezirken höher ist als um die gleiche Zeit des Vorjahres. An der Steigerung sind alle Berufsgruppen, mit Ausnahme der Möbelschreinerien, die immer noch einen verhältnismäßig befriedigenden Beschäftigungsstand aufweisen, gleichmäßig beteiligt. Besonders bemerkenswert ist jedoch die schlechte Beschäftigungslage in der Land- und Forstwirtschaft, der Metallindustrie und dem Baugewerbe. Der größte Prozentsatz der Arbeitslosen sind nach wie vor ungelernete Hilfsarbeiter. Die Arbeitslosen verteilten sich nach dem Stande vom 1. Jan. 1932 auf die Bezirke wie folgt:

Nagold: 584 männl., 82 weibl., auf 666; Calw: 593 männl., 108 weibl., auf 641; Freudenstadt: 1664 männl., 59 weibl., auf 1723; Herrenberg: 541 männl., 77 weibl., auf 618; Gorb.: 254 männl., 14 weibl., auf 268.

Die Zahl der Notstandsarbeiter hat sich entsprechend der Jahreszeit erheblich verringert. Während es am 1. Nov. noch 153, am 15. Nov. 164 und am 1. Dez. 155 Notstandsarbeiter waren, ist die Zahl am 15. Dez. auf 141 und am 31. Dez. auf 50 gesunken. Im freiwilligen Arbeitsdienst standen dafür an dem genannten Tag 18 Arbeitslose.

Arbeitsuchende waren es am 31. Okt. 1931 3416, am 15. Nov. 3700, am 30. Nov. 4328, am 15. Dez. 5008 und am 30. Dez. 6142. Im Vorjahr waren es am 31. Okt. 2867, am 15. Nov. 3498, am 30. Nov. 4228, am 15. Dez. 4287 und am 31. Dez. 5715.

Wetter für Freitag und Samstag.

Über Mitteleuropa hat sich ein Zwischenhoch gebildet, das jedoch bereits wieder durch ein kräftiges Tiefdruckgebiet westlich der britischen Inseln gestört wird. Für Freitag und Samstag ist mildes, zeitweise bewölkttes Wetter zu erwarten.

*

Spyrotenmühle, 13. Jan. In einem Lagerstuppen des Sägewerks Schanz entstand gestern mittag gegen 4 1/2 Uhr Feuer, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete und in ganz kurzer Zeit das Gebäude bis auf den Grund zerstörte. Da in dem Stuppen sich die Kistenmachererei befand, fielen nicht nur sämtliche Vorräte, sondern auch sämtliche Maschinen der Einrichtung anheim. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr Spyrotenhans und der später hinzukommenden Wilddorfer Weckerlinie sowie der Feuerwehr Nonnenmühl konnte ein Uebergreifen des Feuers auf die Nebengebäude verhindert werden. Der entstandene Schaden soll nur teilweise durch Versicherung gedeckt sein. Die Entstehungsursache ist noch nicht geklärt.

Neuenbürg, 13. Jan. Der Jahresbeginn brachte in Stadt und Bezirk eine Steigerung der Arbeitslosenzahl, die zu den ernstesten Besorgnissen veranlaßt. Die hiesige Arbeitsamtsniederstelle, die die Mehrheit des Bezirkes umfaßt, verzeichnet namentlich eine Gesamtzahl von rund 2400 Arbeitsuchenden. Im November 1931 waren es noch 1700 (1930: 900) und im September 1931 noch 1200 Arbeitsuchende. Unter der gegenwärtigen Gesamtzahl sind etwa 400 Frauen und Mädchen. Die männlichen Arbeitslosen gehören in ihrer Mehrzahl der Metallindustrie, etwa 300 dem Baugewerbe, 300 der Holzindustrie und 350 der Forstwirtschaft an.

Calw, Ludwigsburg, 13. Jan. Auf der Straße nach Kornwestheim fuhr heute nacht um 1 Uhr ein aus Richtung Ludwigsburg kommender Personenwagen von hinten in eine Gruppe junger Nationalsozialisten hinein, die zur Besichtigung in Ludwigsburg weilte und in losen Gruppen auf der Straße nach Kornwestheim ging. Sofort wälzte sich ein Menschenknäuel am Boden. 8 SA-Leute wurden verletzt, darunter 3 schwer.

Turnen und Sport

Aus der Deutschen Turnerschaft

Unter den größten Vereinen der D.T., welche die Vereinsmehrkampfstreiterschaften 1931 bestritten haben, sind vom XI. Kreis Schwaben der Turnerbund Stuttgart, die Turngemeinde Ötlingen mit der Turngemeinde und dem Turnerbund Ötlingen an die erste Stelle gerückt. Die Turngemeinde Heilbronn, der T.V. Heidenheim, T.V. Pflanz, T.V. Ötlingen, T.V. Giengen/Brenz liegen etwas weiter zurück. Da in den bedeutenden Vereinen des XI. Kreises, besonders im Volksstürmen, mächtig gearbeitet wird, darf angenommen werden, daß 1932 weitere Schwabenvereine die ersten Plätze in den Vereinsmehrkampfstreiterschaften der D.T. belegen werden.

Großfeuer bei Sarrafani

— Antwerpen, 14. Jan. Im Zirkus Sarrafani, der seit einigen Wochen in Antwerpen gastiert, ist nachts in der Garderobe ein riesiges Feuer ausgebrochen. Neben der Garderobe befindet sich der Elefantstall. 18 Tiere, die man nicht mehr von den eisernen Ketten befreien konnte, verbrannten, während die anderen in wilder Panik zu flüchten versuchten. Die Polizei schoß auf die Elefanten, von denen einer getötet wurde. Da außerdem der gesamte Kostürrbestand vernichtet ist, wird der Sachschaden auf etwa 1 Million Mark geschätzt. Es ist unmöglich, die Vorstellungen fortzusetzen. Die Antipathien der Bevölkerung gegen den Zirkus waren sehr groß, so daß man annimmt, das Großfeuer sei durch Brandstiftung entstanden.

Die Feuerwehr kam erst zwei Stunden nach dem Brandalarm, angeblich hatte man erst die Erlaubnis des Bürgermeisters zum Eingreifen holen müssen. Militär rückte an, umstellte die ganze Zirkusstadt und leistete Hilfe bei den Löscharbeiten. In Brüssel nimmt man an, daß das Schandfeuer im Zirkus Sarrafani auf Brandstiftung zurückzuführen ist, zumal die Besitzer der Kinos und Theater über die an Sarrafani erteilte Erlaubnis, in Antwerpen zu gastieren, schwer verärgert sind. Es fanden sogar Demonstrationen gegen Sarrafani statt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

L. S. Berliner Produktenbörse vom 13. Januar.
Weizen, märkischer 24—26; Roggen, märkischer 198 bis 200; Braugerste 158—167; Futter- und Industriegerste 150 bis 156; Hafer, märkischer 195—143; Weizenmehl 27,50 bis 31,25; Roggenmehl 27,10—29,25; Weizenkleie 9,50—10; Roggenkleie 9,50—9,75; Viktoriaerbsen 21—27,50; kleine Speiseerbsen 21,50—24; Futtererbsen 15—17; Peluschken 16—18; Ackerbohnen 14—16; Wicken 16—19; Lupinen, blaue 10—12; Bio. gelbe 14—14,50; Seradella 22—27; Leinfuchsen 11,90—12; Erdnußfuchsen 12,10; Erdnußfuchsenmehl 13; Trockenstängel 6,50; Soyabohnenschrot 10,50; Kartoffelflocken 12,10—12,30. Tendenz: Abgeschwächt.

Calwer Vieh- und Schweinemarkt.

Bei dem gestern stattgefundenen Vieh- und Schweinemarkt wurden insgesamt 145 Stück Rindvieh angetrieben. Hierunter befanden sich 7 Ochsen, 40 Kühe, 24 Kalbinnen, 74 Kinder. Bezahlt wurden für Ochsen 672—778 Mark je pro Paar, für Kühe 125—328 Mark, für Kalbinnen 250—345 Mark, für Jungvieh 90—160 Mark je pro Stück. — Auf dem Schweinemarkt waren 42 Käufer und 391 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden für Käufer 38—95 Mark, für Milchschweine 16—37 Mark je pro Paar.

Der Experimental-Vortrag Christensen

findet heute abend im Bad. Hof-Saal statt, nicht, wie gestern an dieser Stelle mitgeteilt, im Weißchen Saal. Der Vortragende genießt in Frankreich einen ausgezeichneten Ruf, so daß der Besuch der Veranstaltung nur empfohlen werden kann.

Mein diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

bietet Ihnen große Vorteile in

Herren- und Knaben-Bekleidung

10-30 Prozent Rabatt

Friedrich Weigel / Calw Badstraße 15

Am Samstag und Sonntag

halte ich

Metzelsuppe



und lade hierzu höflichst ein

Karl Moersch
zur Station Telnach

zum billigen, feinen kaffee ...

jetzt den billigen zucker

Pfeiffer

verkauft: kristallzucker pfd. —.36
richtiger sandzucker würfelzucker pfd. —.43
(kein sog. gries) pfd. —.39 zu nettopreisen.
ferner frisch eingetroffen: zu bekannt billigsten preisen

mit 5% Rabatt

konserven, neue ernte; teigwaren ab 40 pfg.;
marinaden, hochfein und frisch, lose und in dosen
pikante delikatessen — spezialitäten in käse
lieferung jedermann frei ins haus.

Gesucht

wird eine anständige, ehrliche, fleißige

Frauensperson

nicht unter 25 Jahren, auf 1. Februar in kleinen Haushalt, den sie selbständig führen kann, also kochen, nähen, flicken usw., ebenso muß sie bei der Landwirtschaft mithelfen und melken können. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Blatt.

Drucksachen

aller Art liefert rasch sauber und preiswert die Druckerei ds. Bl.

Zwangsversteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert Freitag, 15. 1., 18 Uhr in Stammheim: 5 Fässer je zka. 270 Lit. haltend, 1 Divan gebr., 1 Sattlernähmaschine gebraucht, 1 Rind zirka 4 Monate alt. Zusammenkunft b. Rathaus. Weidenbach, Gerichts-vollzieherstelle Calw.

Infolge Geschäftsverlegung veranstalte ich von heute bis Samstag, den 30. Januar 1932 einen vollständigen Ausverkauf in Büchern und Schreibwaren mit Preisnachlaß auf alle Waren meines Lagerbestandes. Wollen Sie sich bitte dieser günstigen Gelegenheit bedienen und Ihren geschätzten Einkauf bei mir tätigen.
Buchhandlung Paul Oipp, Calw.

Zwangsversteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert Freitag, 15. 1., 10 Uhr in Stammheim: 2 Fässer mit Most je zirka 230 Liter haltend. Der Verkauf findet voraussichtlich bestimmt statt. Zusammenkunft b. Rathaus. Weidenbach, Gerichts-vollzieherstelle Calw.

Keilich

Frisch eingetroffen:
Schneeweißes Fischfilet
Süßbäcklinge und geräucherter Schellfische zum billigsten Tagespreis.

Auf 1. Juli

2000 Mark gesucht

gegen gute Sicherheit von pünktlichem Zinszahler. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine

3-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör hat sofort zu vermieten
S. Hiber.



KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

BESONDERS PREISWERTE DAMENKLEIDER

GRUPPE 1	GRUPPE 2	GRUPPE 3	GRUPPE 4
KLEIDER Flanell und Barchent, gestreift und gemustert; Tweed, helle und dunkle Muster, Größe 42 bis 50, Waschsamt bedruckt	KLEIDER Popeline, reine Wolle, Tweed, Waschsamt, Trikotcharmeuse, moderne Formen, reiches Farbensortiment, teilweise bis Größe 50	KLEIDER Kunstseiden-Maroc, Flammeng, Crêpe de chine, Wollpopeline, Backfisch- und Damenkleider, flotte jugendliche Macharten	KLEIDER Wollalghalaine, Wollweid Flammeng, Kunstseiden-Maroc mit andersfarbigen Garnierungen in marine, braun, grün und schwarz
4 ⁸⁵	6 ⁸⁵	9 ⁷⁵	14 ⁵⁰

520 Inseratenform geschickt

Bezirksobstbauverein Calw.

Bestellungen auf Edelreifer
aller Art wollen bei Oberamtsbaumwart Widmann gemacht werden.
Der Vorstand.

Braves, fleißiges

Mädchen

für Haus- und Landwirtschaft

gesucht.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.